

### Haushalt 2018

Für 2018 wurde ein ausgeglichener Haushalt beschlossen, der keine weiteren Steuererhöhungen vorsieht. Das scheint in Ordnung. Mehr interessiert den Bürger normalerweise nicht. Ist es aber wirklich in Ordnung? Warum haben wir nicht zugestimmt? Nicht in Ordnung ist, dass der Ausgleich erreicht wurde, weil Steuern zu früh und zu sehr erhöht wurden und den Bürgern und Vereinen zusätzliche Lasten durch maximal mögliche Gebührenerhöhungen zugemutet wurden und werden.

Diesen Haushalt haben die Bürger ausgeglichen! Nicht das Land, nicht die Kämmerin, nicht der Bürgermeister!

CDU, FDP, SPD, Grüne und Unabhängige haben unsere Änderungsvorschläge zum Haushalt verhindert. Die Bürger werden die Folgen erkennen.

### Nideggen bekommt einen Regenwasser-Sheriff.

Der spürt durch das Stadtgebiet und macht all die bösen Schummler dingfest, die ihrer Pflicht zur Angabe der versiegelten Flächen nicht korrekt nachgekommen sind. Dann werden sie gehörig zur Kasse gebeten – bis zu 4 Jahre Nachzahlung! Einen kleinen Nachteil hat diese Lösung: Die Kosten für die Regenwasser-Entsorgung werden nicht weniger, aber die Kosten für den Regenwasser-Sheriff werden auf die Niederschlagswasser-Gebührenpflichtigen zusätzlich umgelegt. Der Personalansatz Bauamt steigt damit immerhin von 50.197 €/Jahr um 85.446 € auf 135.643 €. Dass die "Gebührengerechtigkeit" der Sachgebietsleiterin erkennbar am Herzen liegt, ist verständlich. Anscheinend hat sie sich genug über die Schummler geärgert. Die Ratsmehrheit unterstützte sie. Wir halten Gebührenerhöhungen, die allein der "Gebührengerechtigkeit" zu verdanken sind, für unangebracht. Sie stellt das Prinzip "Verursachergerechtigkeit" auf den Kopf, indem sie die Nicht-Verursacher zusätzlich belastet.

### Friedhofsgebührensatzung:

In der Ausschusssitzung am 21.11.17 hatten wir die vorgelegte Gebührenerhöhung um bis zu 50 % als undurchsichtig und deshalb nicht vermittelbar bezeichnet. Die CDU beantragte eine pauschale Kürzung des vorgelegten Verwaltungsvorschlages. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Der Bürgermeister legte dann zur Ratssitzung einen neuen Vorschlag vor: Neuerstellung der Kalkulationstabellen mit Hilfe der Kommunalagentur; bis dahin Beibehaltung der bisherigen Gebührensätze. Wie dringend notwendig diese Neuerstellung ist, konnten wir ihm in der Ratssitzung erläutern. Wir hatten die Kalkulationstabellen genauer untersucht und Fehler festgestellt.

Die Berechnung wird neu erstellt.

### Noch ein Sheriff: Für Kompost

Bei der Abfallgebührensatzung hatte die Kämmerin den Plan, zunächst noch die Bio-Müllabfuhr günstig zu halten, aber langfristig zu einer Einheitsgebühr (Berechnung nur nach Liter pro Restmülltonne und Abholungsfrequenz) zu kommen. Das erleichtert die Abrechnung für die Verwaltung. Der Plan ging schief: 2 Ausschussmitglieder (FDP, Unabhängige) entdeckten, dass sie bei der Einheitsgebühr günstiger abschneiden. Sie konnten die Ausschussmehrheit überzeugen. Uns nicht! Die Satzung wurde im Amtsblatt veröffentlicht. Wenn Sie "Selbstkompostierer" sind, müssen Sie sich das Antragsformblatt bei der Verwaltung abholen und bei der RegioEntsorgung einreichen. Die schickt dann den Kompost-Sheriff, der erst einmal prüft, ob sie ein "qualifizierter Selbstkompostierer" nach den Regeln der RegioEntsorgung werden dürfen. Erst dann erhalten Sie einen 10 %-Nachlass auf die Müllgebühren. Kein Ratsmitglied, das der Satzung zugestimmt hatte, kannte diese Regeln. Mit jedem "Zertifikat", das dieser Sheriff ausstellt, verdient sein Arbeitgeber weniger Geld.

### Gebühren könnten gesenkt werden.

Gebühren sind jährlich neu zu berechnen. Die Gebühren für Feuerwehr-Einsätze sind Anfang 2017 falsch berechnet worden. Der Bürgermeister hatte das schon im Januar 2017 zugegeben. Eine Neuberechnung würde zur Gebührensenkung führen. Sie fand für 2018 nicht statt!

### Bleibt die Frage:

Warum verwehrt der Bürgermeister uns so verbissen bis zum Verwaltungsgericht Einsicht in die Kalkulationsdateien? Fühlt er sich persönlich angegriffen, wenn wir versuchen die Interessen der Bürger zu wahren?

**"Hinsichtlich der Ausführung von Herrn Fritsch, dass durch die Verweigerung seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender beeinträchtigt sei, stelle ich die Frage, ob dies überhaupt vom Sinn und Zweck der Vorschrift gedeckt ist."**

*(M. Schmunkamp an VerwGer Aachen, 02.11.17)*

**"Das Akteneinsichtsrecht besteht daher bedingungslos und dient insbesondere den Ratsminderheiten der Beschaffung der für die Erfüllung ihrer Aufgaben sowie für die Kontrolle der Verwaltung erforderlichen Informationen."**

*(Beschluss VerwGer Aachen, 03.11.17)*

### Man gönnt sich ja sonst nichts:

#### Ein E-Pkw als Dienst-Pkw musste es sein.

- Roetgen: hat schon einen.
- Nideggen: will auch haben!

Mit solchen, an Kita-Spielzeug-Streit erinnernden, Argumenten wurde die Beschaffung natürlich nicht begründet. Schon die Notwendigkeit eines 2. Dienst-Pkw war nicht so ganz überzeugend. Schon gar nicht für die Beschaffung eines Neuwagens. Aber E-Pkw gibt es eben noch nicht gebraucht. E-Pkw musste es aber sein. Als Begründung: "Die aktuelle Abgasdiskussion" (wohl das geringste Problem Nideggens). Zur Finanzierung gibt es einen Sponsor, der locker die Preisdifferenz zum Pkw mit Verbrennungsmotor, 60 Monate Batterie-Miete und auch noch eine Ladesäule übernimmt: innogy (RWE). Im Rahmen der kommunalen Landschaftspflege (Konzessionsverträge müssen regelmäßig erneuert werden) ist das innogy rund 12.000 € wert. Das Geld fehlt dann aber für sonst übliche Sponsoring-Maßnahmen. Man hätte dieses Sponsoring natürlich auch für den Erhalt der Musikschule verwenden können! Das ist aber mit einem Bürgermeister und einer Ratsmehrheit, die den Unterschied zwischen Verein und Bildungseinrichtung nicht begreifen, nicht zu machen. Nur MFN stimmte gegen diesen Unsinn. So wird der Bürgermeister demnächst mit einem E-Mobil vorfahren können und davon träumen an der Spitze des ökologischen Fortschritts zu sein (erst ab ca. 125.000 Kilometern fällt die Umweltbilanz eines Stromers besser aus als die eines Dieselfahrzeugs).

#### **Kletterwald Nideggen-Eschauel:**

Am 29.10.15 hatte sich die Investorin mit dem Bürgermeister und einem "einflussreichen Schmidter Bürger", Herrn Müllejans, im Eschauel getroffen. Nachdem ihr die beiden Herren die Unterstützung ihrer Pläne zugesagt hatten, begann die Investorin mit ihrer Planung - so ihre glaubhafte Darstellung. Die beiden Herren stellen das inzwischen anders dar. Seitdem haben sich die bisherigen "Eschauel-Besitzer" (z.B. Anwohner Eschauer Weg, Angel- und Segelclubs) formiert, um "ihren" Eschauel zu verteidigen. Herr Müllejans schlug sich offen auf die Seite der Gegner, die lautstark und aggressiv polemisierten. Der Bürgermeister laviert scheinbar neutral, um weder Befürworter noch Gegner zu vergraulen - im Ergebnis sorgte er aber für Verzögerungen und zusätzliche Kosten.

#### Ratssitzung 28.11.17:

Nach über 2 Jahren sollte der Beschluss zur "Offenlage", der 2. Beteiligung der Öffentlichkeit, gefasst werden. Zuerst stellte aber die SPD den Antrag, das ganze Verfahren zur FNP-Änderung in geheimer Abstimmung abubrechen. Das wurde mit 16 zu 12 abgelehnt. Nun stellte die CDU den Antrag, das Verfahren fortzuführen, aber den südlichen Teil des geplanten Gebietes zu streichen. Damit blieb den Ratsmitgliedern, die den Kletterwald-Plan unterstützen, nur die Wahl für den CDU-Antrag zu stimmen oder den Plan **scheitern** zu lassen. Der Antrag ging mit 16 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung durch. Der CDU-Vorschlag war kein Kompromiss mit der Investorin (sie war völlig überrascht), sondern

ein Kompromiss innerhalb der in Nideggen und Schmidter gespaltenen CDU. Von Anfang an ging es den Kletterwaldgegnern darum das Verfahren einzustellen oder wenigstens so lange zu verzögern und zu verteuern bis die Investorin aufgibt. Sollte das die Absicht der CDU gewesen sein, hat es nicht funktioniert: Die Investorin hat nicht aufgegeben! Innerhalb einer Woche hat sie ihre Planung umgearbeitet, um weiterhin eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung zu gewährleisten. Der ihr wesentliche behinderten-gerechten Teil ist aber gestrichen worden. Die Unterlagen für die Offenlegung mussten erneut überarbeitet werden (mit entsprechender Verzögerung und Zusatzkosten).

#### Die Verantwortung der "Politiker":

Der ganze Ablauf seit Beginn der Planung zeigt ein klägliches Versagen einiger gewählter Bürgervertreter in Schmidter: Sie kümmerten sich nicht um rechtzeitige Aufklärung über die tatsächliche Planung, sondern beteiligten sich auch an der Weiterverbreitung von Gerüchten. Sie haben nicht für den Vorrang des Gemeinwohls und der Interessen der Stadt gegenüber egoistischen Einzelinteressen geworben. Das ist natürlich schwierig, wenn man sich selbst von seinem Einzelinteresse an einer Wiederwahl als Ratsmitglied, Ortsvorsteher oder Bürgermeister steuern lässt. Da gilt dann die Unterstützungszusage eines Herrn Müllejans oder eines Herrn Schmunkamp eben nichts mehr. Es gibt aber auch Ausnahmen unter Schmidter Ratsmitgliedern: Herr Droste (Grüne) und Herr Hurtz (Unabhängige) zeigten offen ihre Zustimmung zum Projekt.

#### Ein seltsames Kletterwald-Nachspiel:

Statt vorweihnachtlicher Grüße verteilte Herr Keß (SPD) am 23.12.17 ein internes Schreiben aus dem Bereich der BezReg (Bezirksregierung) an die anderen Fraktionsvorsitzenden (außer FDP), das ihn auf zweifelhaften Wegen erreicht hatte. Dieses Schreiben entstand im Rahmen der amtsinternen Erarbeitung der Antwort der BezReg auf die Anfrage der Stadt Nideggen. Während die Weitergabe dieser Antwort durch den Bürgermeister an Fraktionen und Ratsmitglieder zur Beschlussvorbereitung notwendig war, kann die Weitergabe interner Dokumente an die Öffentlichkeit nicht im Interesse der BezReg liegen. Wir haben deshalb den Bürgermeister informiert. Wenn er nicht im Rahmen einer selbstverständlichen Amtshilfe bereits reagiert hat, werden wir in der Sitzung am 23.01.18 beantragen, dass er die BezReg über den Sachverhalt informiert.

#### **Recht hat nur die Kämmerin:**

**Die Kosten für den Rechtsstreit gegen Kreuzauer Windräder betragen bisher:**

- gut 100.000 €: N. Klöcker auf der Web-Seite der Unabhängigen, 16.07.17
  - 30.599,90 €: Mitteilung der Kämmerin, 04.11.17
  - über 100.000 €: Web-Seite der SPD, 15.12.17
- Wiederholungen schaffen keine Fakten!**